

Sitzung des Rates der Stadt am 12.12.2019

Haushaltsrede

Rm Detlef Münch (FBI)

(Es gilt das gesprochene Wort).

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Dortmund steht vor drei großen Herausforderungen, die die Freie Bürger Initiative (FBI) seit Jahren anspricht, mit dem Ziel, in Dortmund gut und sicher zu leben. Es sind im Wesentlichen drei Probleme, die noch nicht einmal wir in Dortmund verursacht haben, sondern für die im Wesentlichen Bund und Land verantwortlich sind.

Das hohe Armutsrisiko in unserer Stadt. Es ist doch unerträglich für ein zivilisiertes Land, wie es Deutschland nun mal ist, dass 30% aller Kinder in Dortmund in Familien aufwachsen, die Hartz IV beziehen.

Das hohe Risiko von Altersarmut von der mindestens 20% der Dortmunder betroffen sein werden. Dafür ist eine verfehlte Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik in Land und Bund verantwortlich, die wir zumindest anprangern müssen.

Das zweite Problem ist die hohe Kriminalität. Ob Raubüberfall, Wohnungseinbruch, Fahrradklau oder Taschendiebstahl. In keiner anderen Stadt in Westfalen und im Ruhrgebiet ist das Risiko so groß, Opfer einer Straftat zu werden, wie in Dortmund. In München hingegen werden pro Einwohner nur halb so viele Straftaten begangen, wie in Dortmund. Auch hier ist die Landes- und Bundespolitik gefragt. Aber auch die Kommune kann etwas tun. Doch wenn durch GRÜNE und LINKE abgelehnt wird, unsere Ordnungskräfte besser auszustatten, durch Videokontrollen, wenn schon nicht Verbrechen zu verhindern, aber zumindest Verbrechen besser aufklären oder wenn im Bundesrat durch eine Blockadehaltung verhindert wird, dass Intensivtäter und Wiederholungstäter aus Nordafrika problemlos wieder abgeschoben werden können, dann ist das nicht hinzunehmen und wer so eine Politik macht, der gibt politische Beihilfe zum Verbrechen.

Doch die größte Herausforderung in Dortmund ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, auch für uns Menschen, die massiv durch den anthropogenen Klimawandel bedroht sind. Und wer diesen immer noch leugnet, der glaubt auch noch, dass die Erde eine Scheibe ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FBI präferiert zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und gegen den anthropogenen Klimawandel eine zweigleisige Strategie:

Zum einen müssen wir – im Wesentlichen als Vorbildfunktion – zeigen, dass in einer Großstadt wie Dortmund klimarelevante Emissionen vermindert werden können. Aber gleichzeitig müssen wir unsere Bewohner vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels schützen, da in künftigen Jahren vor allem durch Extremwetterlagen wie Hitzestress die Gesundheit geschädigt wird. Denn wer sich dem widersetzt, der handelt nicht nur antiökologisch, sondern er handelt auch asozial, da er die Gesundheit seiner Einwohner und auch der künftigen Generationen gefährdet.

Doch ist dieser Doppelhaushalt dafür geeignet, für einen ökologischen Paradigmenwechsel in unserer Stadtentwicklung zu sorgen? Ich sage nein. Dieser Doppelhaushalt enthält unkalkulierbare Risiken. Er ist meiner Meinung nach unverantwortlich, da wir alle keine Glaskugel haben und auf so einen weiten Zeitraum gar nicht hinausschauen können. Der letzte Doppelhaushalt 2009/2010 hat uns schlichtweg in das Wahlchaos einer Wiederholungswahl geführt. Und der jetzige Doppelhaushalt ist zumindest undemokratisch, denn er nimmt dem nächstes Jahr neu gewählten Rat eine wesentliche Entscheidungsgrundlage weg. Doch die Frage ist, warum machen das alle Parteien mit? Vor allem die großen Parteien SPD, CDU und GRÜNE? Weil sie auch nach 2020 weiter machen werden. Und

deshalb sollte jedem klar sein: wer diese drei Parteien wählt, der muss wissen, dass sich hier politisch nichts in Dortmund ändern wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die größte Herausforderung ist der Erhalt der Lebensqualität hier in Dortmund. Und diese ist durchaus gefährdet, weil auf die Frage, wie viele Menschen kann unsere Stadt zukünftig verkraften, ohne dass die Lebensqualität der bisher in Dortmund lebenden Menschen dadurch gefährdet wird, keine Partei eine Antwort hat. Denn deshalb haben sich schon zahlreiche Bürgerinitiativen gegründet, die befürchten, dass ihre Wohn- und Lebensqualität massiv verschlechtert wird. Die jetzige Politik ist dafür schon jetzt bei der Vernichtung von innerstädtischen Grünflächen durch Verdichtungen sowie geplante massive Eingriffe in den Freiraum verantwortlich – ich erwähne exemplarisch nur den Lennhof oder den Rhader Hof.

Doch auch der geplante Weiterbau der autobahnähnlichen OW IIIa im Dortmunder Osten, die Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen 10,3 % Naturschutzgebiete auf nun 9,6 % sowie massive Verschlechterungen beim Baumschutz sind kontraproduktiv, wenn wir durch eine notwendige Mobilitätswende und Klimafolgenanpassung Dortmund mit mehr Wasserflächen und Klimaschutzwäldern sowie innerstädtischen Bauminseln lebenswert erhalten wollen.

Zumindest als einen bescheidenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung oder zur Umverteilung von Mitteln für den Klimaschutz schlage ich deshalb vor:

1. Keine kostenlose Parkkarte für Ratsmitglieder.
2. Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 30 %
3. Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder auf 76, Reduzierung der Innenstadt-BV von 3 auf 1, Reduzierung der Anzahl der Bezirksvertretungs-Mitglieder in den Außenstadt-BV von 19 auf 11. Von aktuell 322 Dortmunder Kommunalpolitikern blieben dann noch 195 übrig, was für unsere Stadt völlig ausreichend wäre.

Denn alles das würde nicht nur jährlich ca. 2 Mio. Euro sparen, sondern wäre endlich auch endlich einmal ein wirklich effektiver Beitrag im Kampf gegen die Nazi-Parteien, die so 30 % weniger städtische Gelder bekommen würden und in den Bezirksvertretungen dann überhaupt nicht mehr vertreten wären – natürlich bekämen dann auch die etablierten Parteien 30 % weniger städtische Zuwendungen und weniger Politiker-Pöstchen.

Doch wer glaubt, dass wir einen ökologischen Paradigmenwechsel in Dortmund mit den sogenannten GRÜNEN hinbekommen werden, der irrt sich ganz gewaltig.

So sind es GRÜNE, die in Dorstfeld für einen Supermarkt massiven Baumfällungen zugestimmt haben, die in Löttringhausen einen intakten Wander- und Radweg klimaschädlich asphaltieren wollen, die im ursprünglich geplanten Naturschutzgebiet Rombergholz einen Mountainbike-Park errichten wollen, die eine Grünfläche am Stadtgarten mit eine Fahrradhochgarage überbauen wollen und die weiterhin ihre Pkw mit ihren kostenlosen Parkkarten unter dem Rathaus parken wollen.

Letztendlich wurden Modelle für eine ökologisch bewusste Lebensweise und eine nachhaltige Zukunft schon vor mehr als 100 Jahren entwickelt, wie ich es in meinem kürzlich erschienen Buch „Nachhaltige Zukunft. Utopische Entwürfe von 1900“ nachweisen konnte.

So stellte zum Anfang der Naturschutzbewegung in Deutschland schon Hermann Löns 1913 fest: Schwächen wir die Natur, so schwächen wir uns, morden wir sie, so begehen wir Selbstmord.

Auch der Naturphilosoph Friedrich Eduard Bilz äußerte sich schon 1904 derart: „Wir Menschen sind unserer großartig und vollkommenen Erde gar nicht wert, um unserer Überkultur willen, durch die wir aus dieser schönen Erde ein Jammertal und eine Stätte des Elends und des Verderbens gemacht haben.“

Als Konsequenz daraus forderte er folgerichtig: „Die Menschen müssen unter Vormundschaft gestellt werden. Wenn die gegenwärtige Generation nun einmal noch nicht fähig ist, sich auf allen Gebieten vernünftig und naturgemäß einzurichten, so muß sie einfach unter Vormundschaft gestellt werden, bis sie das Naturgemäße, das vernünftige Denken und Handeln, gelernt hat.“

In die heutige Zeit umgesetzt, bedeutet dies nichts anderes: Eine Menschheit, die sich von der Natur entfernt, hat keine Zukunft ... oder auf die Kommunalwahl am 13. September 2020 bezogen: Wer nicht wählt, oder wer Sch... wählt, bekommt auch eine Sch...Politik.

Vielen Dank.